

"Katharsis vor dem EU-Beitritt" in Rheinischer Merkur (15. September 2006)

Quelle: Rheinischer Merkur. 15.09.2006. [s.l.].

Urheberrecht: (c) Deutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"katharsis_vor_dem_eu_beitritt"_in_rheinischer_merkur_15_september_2006-de-38675631-5712-4034-a906-58156f08ee5e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Katharsis vor dem EU-Beitritt

Die Aufarbeitung der Securitate-Vergangenheit hält das Land in Atem

JÜRGEN HENKEL, Sofia

Ex-Kulturministerin Mona Musca, der PNL-Ehrenvorsitzende Mircea Quintus-Ionescu, PC-Parteichef Dan Voiculescu - die Securitate-Enthüllungen dieses Sommers in Rumänien lesen sich wie ein „Who is who“ der politischen Klasse. Das Schreckgespenst der früheren Geheimpolizei Securitate beherrscht wieder die Schlagzeilen und ruht wie ein Fluch auf Politik und Gesellschaft in Rumänien.

Für die gegenwärtige Reformkoalition kam der Zeitpunkt der neuen Diskussion zunächst ungelegen, mitten in die Diskussion auf europäischer Ebene über das EU-Beitrittsdatum 2007 oder 2008. Nun wird die EU-Kommission den Beitritt laut EU-Kommissar Günter Verheugen schon für den 1. Januar 2007 empfohlen. Der entsprechende Fortschrittsbericht soll am 26. September in Brüssel veröffentlicht werden. In Rumänien wurden Verheugens Aussagen zurückhaltend aufgenommen. Die Rumänen glauben an den Beitritt erst am Tage des Vollzugs.

Tatsächlich könnte die aktuelle Debatte über den Geheimdienst sogar positiv gewirkt haben: als Signal, dass sich Rumänien intensiv an die Aufarbeitung der Securitate-Vergangenheit machen will. Denn der heiße Securitate-Sommer kam nicht aus heiterem Himmel und wurde offenbar auch von der Europäischen Union forciert. Brüssel wünscht Transparenz und weitgehend weiße Westen bei den politischen Akteuren Rumäniens. Mit einer politischen Katharsis soll verhindert werden, dass künftig rumänische EU-Politiker und Spitzenfunktionäre auf europäischer Ebene wegen ihrer Vergangenheit erpressbar sind. Entsprechend hat sich der EVP-Vorsitzende Wilfried Martens geäußert.

Aktive Seilschaften

Sechzehn Jahre lang bestimmten Verdrängung und die Instrumentalisierung von Securitate-Akten für parteipolitische Zwecke den Umgang mit der Vergangenheit. Experten gehen von rund 40 000 offiziellen und mehr als 400 000 inoffiziellen Mitarbeitern der Securitate vor 1989 aus. Die Geheimpolizei war der bewaffnete Arm der Partei. Bereits 1992 wollten Gruppen der Zivilgesellschaft eine rumänische Gauck-Behörde gründen. Sie scheiterten an den damals regierenden Sozialisten Ion Iliescu.

So kam es erst 1999 zu einem zaghaften Auftakt zur Bewältigung der schrecklichen Vergangenheit der Securitate, die die Menschen in Rumänien von 1948 bis 1989 kollektiv in Angst und Schrecken versetzt hatte. Damals wurde unter der christdemokratisch geführten Reformkoalition nach deutschem Vorbild eine entsprechende rumänische Institution geschaffen, der „Nationale Rat zum Studium der Securitate-Akten“ (CNSAS). Im Leitungsgremium sind die Parlamentsparteien nach Proporz vertreten.

Doch die Behörde war lange ein Papiertiger, zumal, nachdem die Sozialisten 2000 wieder die Macht übernahmen. Die Akten wurden über Jahre unter Verschluss gehalten, viele verschwanden. Klare Regelungen zur Akteneinsicht und -veröffentlichung fehlten. Die Nachfolgeorganisation der Securitate, der Rumänische Informationsdienst (SRI), hatte Zeit, das Material zu sichten und auszuwerten. Ob und in welchem Umfang der Dienst die Politik konkret beeinflusst, ist umstritten. Sicher ist, dass Parteien, Medien und Wirtschaft mit ehemaligen Securitate-Kräften infiltriert sind, die möglichst viele Strukturen des alten Systems in die neue Zeit hinüberretten wollten.

Von der schleppenden Vergangenheitsbewältigung profitierte die aus der Kommunistischen Partei hervorgegangene Sozialdemokratische Partei (PDSR, später PSD), die von 1992 bis 1996 und von 2000 bis 2004 den Präsidenten stellte und die Regierung führte. Daneben die Großrumänien-Partei (PRM) des Rechtspopulisten Corneliu Vadim Tudor, ein Sammelbecken ehemaliger Securitate-Kräfte, und die Konservative Partei (PC) des Medienmoguls und Multimillionärs Dan Voiculescu.

Nachdem die PSD-Granden jahrelang ihre Hand über die Akten hielten, um alte Seilschaften zu schützen,

kam mit dem Machtwechsel 2004 und der von den Nationalliberalen (PNL) und der Demokratischen Partei (PD) geführten Koalition Bewegung ins Spiel. Der SRI musste zwölf Kilometer Akten dem CNSAS übergeben. Die Koalition hat ein Gesetz zur Durchleuchtung von Politikern und Führungskräften ins Parlament eingebracht (Lustrationsgesetz). Es sieht das befristete Verbot der Übernahme öffentlicher Funktionen für hochrangige Securitate-Kollaborateure vor. Doch in der eigenen Koalition ist es umstritten, sitzt doch mit PC-Chef Voiculescu selbst in den Augen vieler belasteter Politiker ein Mehrheitsbeschaffer mit seiner Partei im Regierungsboot.

Das Handeln der Koalition ist daher nicht immer konsequent. Gegen die Koalitionspartner setzte die PD im Frühjahr dieses Jahres einen umstrittenen Kandidaten für den Vorsitz der Aufklärungsbehörde gegen ein erwiesenes Securitate-Opfer durch - gemeinsam mit der PSD. Sofort wurden Proteste laut, die alte postrevolutionäre Kampfgemeinschaft von PSD und PD aus „Front“-Zeiten werde zum Schutz diverser Seilschaften reaktiviert. Die CNSAS-Behörde wurde belagert, es gab tagelang Demonstrationen. Opfer, Medien und Zivilgesellschaft protestierten. Präsident Basescu, der selbst aus der PD stammt, schlug sich auf die Seite der Opfer, drohte den Parteien mit vollständiger Öffnung der Archive und setzte einen Kompromisskandidaten durch. Ihm konnte bisher keine Kollaboration nachgewiesen werden.

Chance der jungen Garde

Nun werden Konsequenzen gezogen. Mircea Quintus-Ionescu, bis 2000 einflussreicher PNL-Politiker, legte den PNL-Ehrenvorsitz nieder. Die von Intellektuellen und von zivilgesellschaftlichen Gruppen als moralische Autorität gefeierte frühere Kulturministerin Mona Musca erlebt einen ähnlichen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung wie Günter Grass in Deutschland.

Die Aufarbeitung der Securitate-Vergangenheit ist eine Frage der Zeit. Unbelastet ist wohl nur die junge politische Generation der bis 35-Jährigen, obwohl der Geheimdienst selbst Kinder und Jugendliche für seine Zwecke missbrauchte. Von diesen Politikern, die jetzt schon wichtige politische Funktionen besetzen, ist zu erwarten, dass sie ein großes Interesse haben, ein Land mit sauberer Weste in der EU zu vertreten und in ihren Parteien keine Altlasten mitzuschleppen. Dazu zählen Politiker wie Europaministerin Anca Boagiu (PD), Parlamentspräsident Bogdan Olteanu (PNL) oder der führende PSD-Oppositionspolitiker und Ex-Minister Vasile Dincu.

Es wird künftig stark zu differenzieren sein zwischen Kontakten zur Securitate und Kollaboration. Wer mit der Geheimpolizei zum Schaden Dritter zusammengearbeitet hat, wird mit Recht abtreten müssen. Doch nicht jedes unterschriebene Papier ist ein unverzeihlicher Sündenfall. Andernfalls steht zu befürchten, dass die Aufarbeitung dieses dunklen, jahrelang verdrängten Kapitels der rumänischen Geschichte abermals ins Stocken gerät.